

UMR-2026-0009

Herkunftsnachweise Ökostrom

Leistungsbeschreibung

Vorbemerkung:

Die Philipps-Universität Marburg (nachfolgend Auftraggeber genannt) schreibt für ihre Stromentnahmestelle die Lieferung von Herkunftsnachweisen (HKN) für die Erzeugung elektrischer Energie aus erneuerbaren Energien (Ökostrom) aus. Mit dieser Ausschreibung will der Auftraggeber zum Ausbau der erneuerbaren Energien beitragen.

Ein Herkunftsnachweis ist ein elektronisches Dokument, das gemäß den Anforderungen von § 3 Nr. 29 EEG 2023 in Verbindung mit der Richtlinie (EU) 2018/2001 ausschließlich als Nachweis gegenüber einem Endkunden dafür dient, dass ein bestimmter Anteil oder eine bestimmte Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen erzeugt wurde.

Anforderungen an die Lieferung von Herkunftsnachweisen für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien:

- (1) Der Auftragnehmer liefert an den Auftraggeber Herkunftsnachweise für die Erzeugung elektrischer Energie aus erneuerbaren Quellen.
- (2) Die elektrische Energie muss nachweislich zu 100 % aus erneuerbaren Energien stammen. Sie muss in Anlagen erzeugt werden, die ausschließlich erneuerbare Energien nutzen. Hierzu zählt auch Strom aus Speicherkraftwerken abzüglich des Eigenverbrauchs und der Verluste (ohne Pumpstrom) sowie abzüglich des nicht erneuerbaren Anteils am Pumpstrom, der Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien in Hybridanlagen, die auch konventionelle Energieträger einsetzen sowie der Anteil von Strom aus der Mitverbrennung von Biomasse in thermischen Kraftwerken, in denen auch konventionelle Energieträger verbrannt werden, wenn der Anteil von Strom aus der Mitverbrennung von Biomasse durch die Feststellung und Erfassung der jeweiligen Menge und Heizwerte der eingesetzten Brennstoffe rechnerisch bei der Stromerzeugung ermittelt und nachgewiesen wird.

Erneuerbare Energien im Sinne dieses Vertrages sind Energien aus erneuerbaren Quellen im Sinne des § 3 Nr. 21 des EEG 2023 in der jeweils geltenden Fassung, insbesondere Wasserkraft einschließlich Wellen-, Gezeiten-, Salzgradienten- und



Strömungsenergie, Windenergie, solare Strahlungsenergie, Geothermie sowie Energie aus Biomasse einschließlich Biogas, Deponiegas und Klärgas. Biomasse im Sinne dieses Vertrages sind Energieträger im Sinne der Biomasseverordnung (BiomasseV) vom 21. Juni 2001 (BGBl. I S. 1234) in der jeweils geltenden Fassung. Strom aus Biomasse gilt als Strom aus erneuerbaren Energien, wenn er die Anforderungen des EEG in der jeweils geltenden Fassung sowie – soweit anwendbar – der BiomasseV erfüllt.

- (3) Die Herkunft des Stroms aus erneuerbaren Energien muss auf eindeutig beschriebene und identifizierbare Quellen zurückführbar sein. Zwischen dem Netz, an das die Stromerzeugungsanlage angeschlossen ist, und dem Netz, an dem die jeweilige Entnahmestelle des Auftraggebers angeschlossen ist, muss eine netztechnische Verbindung bestehen.
- (4) Der Auftragnehmer garantiert eine zeitlich bilanzierte Lieferung von Strom aus erneuerbaren Energien; d. h. die Energiebilanz von erzeugtem und geliefertem Strom muss innerhalb eines Kalenderjahres insgesamt ausgeglichen sein.
- (5) Der Auftraggeber erwirbt mit der Entnahme des gelieferten Stroms auch den bei der Erzeugung erzielten Umweltnutzen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich verbindlich gegenüber dem Auftraggeber, den mit der Stromlieferung verbundenen Umweltnutzen nicht anderweitig zu verwerten oder zu übertragen und seinen etwaigen Vorlieferanten vertraglich ebenfalls zu verpflichten, diese anderweitige Verwertung oder Übertragung zu unterlassen. Der Auftragnehmer garantiert ferner, dass die an den Auftraggeber gelieferte Strommenge aus erneuerbaren Energien nicht durch Erzeugungs- oder Verbrauchsförderungen gefördert oder auf diese angerechnet wird. Zu Erzeugungs- oder Verbrauchsförderungen zählen unter anderem staatliche Förderregelungen, die zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen verpflichten, einschließlich solcher, bei denen grüne Zertifikate verwendet werden, sowie direkte Preisstützungssysteme einschließlich Einspeisetarife und Prämienzahlungen.

Nachweispflichten

- (1) Nach Ablauf eines jeden Lieferjahres hat der Auftragnehmer spätestens bis zum 31. März des Folgejahres die entsprechenden Herkunftsnachweise und deren Entwertung. Hierfür muss ein direkter Herkunftsnachweis (HKNW) vorliegen, welcher die Produktion des Stromes aus erneuerbaren Energiequellen bestätigt. Dieser ist im Entwertungsprozess über das HKNR mit dem Hinweis "Entwertet für den Stromkunden Land Hessen" zu belegen.

- (2) Die Herkunft des Stroms aus erneuerbaren Energien muss auf eindeutig beschriebene und identifizierbare Quellen zurückführbar sein. Im Falle mehrerer Quellen ist die Aufteilung zwischen diesen Quellen vom Auftragnehmer eindeutig anzugeben. Der Nachweis des erzeugten Stroms erfolgt gegenüber dem Auftraggeber unter Verwendung von Herkunftsnachweisen, die den Anforderungen der Richtlinie (EU) 2018/2001 in der durch die Richtlinie (EU) 2023/2413 geänderten Fassung sowie den Anforderungen der §§ 79 ff. des EEG in der jeweils geltenden Fassung und der Herkunftsnachweis-Durchführungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechen müssen. Für Herkunftsnachweise aus dem Ausland gelten die Anerkennungs Voraussetzungen nach den unionsrechtlichen Vorgaben der genannten Richtlinien sowie den entsprechenden Bestimmungen des EEG und der Durchführungsverordnung über Herkunftsnachweise für Strom aus erneuerbaren Energien (HkRNDV) in der jeweils geltenden Fassung.
- (3) Innerhalb von drei Monaten nach Ablauf eines jeden Lieferjahres hat der Auftragnehmer die zu liefernden Herkunftsnachweise auf eigene Kosten durch die Vorlage über das deutsche Herkunftsnachweisregister zu entwerten. Der Auftragnehmer muss die Entwertung der Herkunftsnachweise für den Auftraggeber vornehmen und diese durch Vorlage entsprechender Entwertungsnachweise z belegen
–
- (4) Die Herkunftsnachweise dürfen keine Förderung vorsehen, die den Code-Nummern 2 (Förderung der produzierten Strommenge), 3 (Kombination aus Investitionsförderung und Förderung der produzierten Strommenge), 4 (Förderung unbekannt) gemäß dem Fact Sheet 3 - Types of Public Support - Release 1.14 entspricht, das auf der Webseite der AIB veröffentlicht ist (www.aib-net.org/eecs/fact_sheets). Insbesondere dürfen die Herkunftsnachweise nicht die Angabe „Förderung der Stromerzeugung“, „Förderung der Stromerzeugung durch Grünstromprivileg“, „Förderung der Stromerzeugung durch sonstige Förderung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien“, „Status der Förderung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien unbekannt“ oder „Status der Förderung unbekannt“ enthalten.
–
- (5) Für feste, flüssige und gasförmige Biomasse gelten die Nachhaltigkeits- und Treibhausgas minderungskriterien nach Maßgabe der Richtlinie (EU) 2018/2001 in der jeweils geltenden Fassung, zuletzt geändert durch die Richtlinie (EU) 2023/2413 sowie der zu ihrer Umsetzung erlassenen nationalen Vorschriften, insbesondere der Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung (BioSt-NachV) und der Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung (Biokraft-NachV), jeweils in der geltenden Fassung. Soweit nach den oben genannten Vorschriften Nachhaltigkeitsnachweise erforderlich sind, gilt Biomasse nur dann als Biomasse im Sinne dieses Vertrages, wenn diese Nachweise ordnungsgemäß erbracht werden.

- (6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber unaufgefordert über alle wesentlichen Änderungen in Zusammenhang mit der Lieferung von Ökostrom und der Erfüllung der vertraglichen Pflichten aus diesem Vertrag in Textform unverzüglich zu informieren.

Der Auftraggeber ist berechtigt, jederzeit die Einhaltung der vertraglichen Anforderungen an die Erzeugungsart des zu liefernden Stroms aus erneuerbaren Energien im Lieferzeitraum durch Sachverständige prüfen zu lassen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, an einer Prüfung durch den Auftraggeber mitzuwirken und dem Auftraggeber bzw. dessen beauftragten Sachverständigen sämtliche dafür erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Lieferung:

Der Auftraggeber bezieht über die gesamte Vertragslaufzeit HKN aus Anlagen, die den o. g. Anforderungen entsprechen. Der Auftragnehmer übernimmt die Entwertung der HKN im Herkunftsnachweisregister des Umweltbundesamtes und stellt dem Auftraggeber einen Nachweis für die an folgende Abnahmestelle gelieferten und u. g. Teilmengen zur Verfügung:

MeLo-ID: DE00041035043SWMR0100105170001011

Auf den Lahnbergen 0
35043 Marburg

Die Lieferung der HKN wird bis zum 30.04. des auf das Lieferjahr folgenden Kalenderjahres mittels Entwertungsnachweis des Herkunftsnachweisregisters belegt.

Auf Basis der dem Auftraggeber zu liefernden Entwertungsnachweise erfolgt die Abrechnung der Liefermengen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber HKN für das Lieferjahr 2026 zu liefern. Das Gesamtliefervolumen beträgt im Lieferjahr 2026 = 27 GWh

Lieferzeitraum:

Die Ausschreibung der Herkunftsnachweise für die an die im Leistungsverzeichnis aufgeführte Entnahmestelle gelieferten Strommengen erfolgt für den Zeitraum

vom 01.01.2026, 00:00 Uhr bis zum 31.12.2026, 24:00 Uhr.

Der Vertrag über die Bereitstellung und Entwertung der Herkunftsnachweise endet mit dem Nachweis der Entwertung der HKN für die im Lieferjahr 2026 entnommenen Strommengen.

Technische Spezifikation der Lieferung HKN:

Die HKN entsprechen mindestens den Anforderungen der Richtlinie (EU) 2018/2001 in der durch die Richtlinie (EU) 2023/2413 geänderten Fassung sowie den jeweils geltenden Bestimmungen des EEG 2023 und der Herkunfts- und Regionalnachweis-Durchführungsverordnung (HkRNDV).

(1) Zweck

HKN dienen dem Nachweis gegenüber Endkunden über den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen im Energiemix eines Energieversorgers oder über die Menge der gelieferten erneuerbaren Energieeinheiten. Sie gewährleisten eine eindeutige, objektive, transparente und nichtdiskriminierende Rückverfolgbarkeit der Energiequelle.

(2)

Zu diesem Zweck sorgen die Mitgliedstaaten dafür, dass auf Anfrage eines Produzenten von Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen ein Herkunftsnachweis ausgestellt wird. Die Mitgliedstaaten können vorsehen, dass Herkunftsnachweise auf Antrag der Produzenten von aus erneuerbaren Energiequellen erzeugter Wärme oder Kälte ausgestellt werden. Eine solche Regelung kann von einer Mindestkapazität abhängig gemacht werden. Ein Herkunftsnachweis gilt standardmäßig für 1 MWh. Für jede Einheit erzeugte Energie wird nicht mehr als ein Herkunftsnachweis ausgestellt.

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass dieselbe Einheit von Energie aus erneuerbaren Quellen nur einmal berücksichtigt wird. Die Mitgliedstaaten können vorsehen, dass einem Produzenten, der für dieselbe aus erneuerbaren Quellen erzeugte Energie einen Herkunftsnachweis erhält, keine Unterstützung gewährt wird.

Der Herkunftsnachweis ist für die Einhaltung des Artikels 3 durch die Mitgliedstaaten nicht zu verwenden. Die Übertragung von Herkunftsnachweisen, sei es gesondert oder zusammen mit der physischen Übertragung von Energie, haben keine Auswirkungen auf die Entscheidung von Mitgliedstaaten, zur Erreichung der Ziele auf statistische Transfers, gemeinsame Projekte oder gemeinsame Förderregelungen zurückzugreifen; ebenso wenig haben sie Auswirkungen auf die Berechnung des gemäß Artikel 5 berechneten Bruttoendenergieverbrauchs von Energie aus erneuerbaren Quellen.

(3)

Ein Herkunftsnachweis muss binnen zwölf Monaten nach der Erzeugung der entsprechenden Energieeinheit verwendet werden. Ein Herkunftsnachweis wird nach seiner Verwendung entwertet.

(4)

Die Mitgliedstaaten oder benannten zuständigen Stellen überwachen die Ausstellung, Übertragung und Entwertung der Herkunftsnachweise. Die benannten zuständigen Stellen dürfen keine sich geografisch überschneidenden Verantwortlichkeiten haben, und die Stellen müssen von den Bereichen Produktion, Handel und Versorgung unabhängig sein.

(5)

Die Mitgliedstaaten oder die benannten zuständigen Stellen schaffen geeignete Mechanismen, um sicherzustellen, dass die Herkunftsnachweise elektronisch ausgestellt, übertragen und entwertet werden und genau, zuverlässig und betrugssicher sind.

(6)

Der Herkunftsnachweis enthält mindestens folgende Angaben:

- a) Angaben zur Energiequelle, aus der die Energie erzeugt wurde, und zu Beginn und Ende ihrer Erzeugung;
- b) Angaben dazu, ob der Herkunftsnachweis Elektrizität oder Wärme und/oder Kälte betrifft;
- c) Bezeichnung, Standort, Typ und Kapazität der Anlage, in der die Energie erzeugt wurde;
- d) Angaben dazu, ob und in welchem Umfang die Anlage Investitionsbeihilfen erhalten hat und ob und in welchem Umfang die Energieeinheit in irgendeiner anderen Weise in den Genuss einer nationalen Förderregelung gelangt ist, und zur Art der Förderregelung;
- e) Datum der Inbetriebnahme der Anlage und
- f) Ausstellungsdatum und ausstellendes Land und eine eindeutige Kennnummer.

(7)

Verlangt ein Elektrizitätsversorgungsunternehmen den Nachweis über den Anteil oder die Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen in seinem Energiemix gegenüber Endkunden, so kann es hierfür die Herkunftsnachweise gemäß der Richtlinie (EU) 2018/2001 in der durch die Richtlinie (EU) 2023/2413 geänderten Fassung sowie den §§ 79 ff. EEG 2023 in der jeweils geltenden Fassung verwenden.

(8)

Die Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen, die den Herkunftsnachweisen entspricht und von einem Elektrizitätsversorger an einen Dritten übertragen wird, ist für die

Berechnung des Anteils erneuerbarer Energie in seinem Energiemix gegenüber Endkunden gemäß der Richtlinie (EU) 2018/2001 in der durch die Richtlinie (EU) 2023/2413 geänderten Fassung sowie den §§ 79 ff. EEG 2023 in der jeweils geltenden Fassung abziehen.

(9)

Die Mitgliedstaaten erkennen die von anderen Mitgliedstaaten gemäß dieser Richtlinie ausgestellten Herkunftsnachweise ausschließlich als Nachweis der in Absatz 1 und Absatz 6 Buchstaben a bis f genannten Angaben an. Ein Mitgliedstaat kann die Anerkennung eines Herkunftsnachweises nur dann verweigern, wenn er begründete Zweifel an dessen Richtigkeit, Zuverlässigkeit oder Wahrhaftigkeit hat. Der Mitgliedstaat teilt der Kommission eine solche Verweigerung und deren Begründung mit.

(10)

Stellt die Kommission fest, dass die Verweigerung eines Herkunftsnachweises unbegründet ist, kann sie eine Entscheidung erlassen, die den betreffenden Mitgliedstaat zur Anerkennung des Herkunftsnachweises verpflichtet.

(11)

Ein Mitgliedstaat kann in Einklang mit dem Unionsrecht objektive, transparente und diskriminierungsfreie Kriterien für die Verwendung von Herkunftsnachweisen zur Einhaltung der Verpflichtungen hinsichtlich des Anteils erneuerbarer Energie im Energiemix gemäß der Richtlinie (EU) 2018/2001 in der durch die Richtlinie (EU) 2023/2413 geänderten Fassung sowie den §§ 79 ff. EEG 2023 in der jeweils geltenden Fassung einführen.

(12)

In den Fällen, in denen Energieversorger Energie aus erneuerbaren Quellen an Verbraucher mit Bezug zu ökologischen oder sonstigen Vorteilen erneuerbarer Energie vermarkten, können die Mitgliedstaaten verlangen, dass die Energieversorger summarisch Informationen über die Menge oder den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen aus Anlagen oder Kapazitätserweiterungen, die nach den geltenden Rechtsvorschriften in Betrieb genommen wurden.